

Wieviel Tobin braucht der Finanzmarkt?

22.12.2012
Alexandra Barone



Directa-CEO Mario Fabbri – *Directa*

Nach langer Diskussion haben sich im Oktober elf EU-Länder auf die Einführung der Transaktionssteuer geeinigt, Italien und Frankreich sind Vorreiter.

Die Idee einer **Finanztransaktionssteuer** ist nicht neu. Bereits 1936 hatte John Maynard Keynes nach der Großen Depression die Idee, die kurzfristigen Spekulationen durch eine Steuer zu vermindern. Fast 36 Jahre danach schlug der US-amerikanische Wirtschaftswissenschaftler **James Tobin** eine gleichnamige Steuer vor. Die relativ niedrige Tobin Tax (zwischen 0,05 und 1,0 Prozent) sollte auf alle grenzüberschreitende Geldtransfers erhoben und somit die kurzfristigen Spekulationen auf Währungsschwankungen eingedämmt werden. Betroffen wären davon also nicht die konventionellen Transfers wie Direktinvestitionen oder die im Warenhandel anfallenden Transaktionen. In diesen Fällen wäre die Finanztransaktionssteuer vernachlässigbar gering, da die anfallenden Kosten im Verhältnis zu den pro Transaktion anfallenden Gewinnen nicht relevant sind. Es ging Tobin mehr um die spekulativen Transfers, die zur Gewinnerzielung auf geringe und kurzfristige Schwankungen von Kursen setzen. Bei dem so genannten Daytrading würden bereits Abgaben in der geringen Höhe einer Tobin-Steuer die sehr niedrigen Gewinne eliminieren. Laut Tobin haben vor allem die Daytrading-Geschäfte zugenommen. Im Jahr 1996 seien über 80% der weltweiten Devisentransaktionen „round-trips“ gewesen, die längstens innerhalb einer Woche zwischen zwei Währungen hin und her pendelten.

Frankreich und Italien als Vorreiter?

Nach ihrer offiziellen EU-Absegnung im Oktober sollen nun die Details zur Einführung bis Weihnachten 2012 ausgearbeitet werden. Viele Fragen sind noch offen, wie beispielsweise was konkret wie besteuert werden soll, in welche Budgets die Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer fließen sollen, ob die Erträge in den nationalen Budgets bleiben oder dem gemeinsamen EU-Budget zugeführt werden sollen (siehe [Zeit-Artikel](#)). Dennoch haben einige EU-Länder eine Vorreiterstellung eingenommen. Frankreich hat bereits am 1. August für den Erwerb sogenannter "Kapitalwertpapiere" die Pflicht eingeführt, eine Finanztransaktionssteuer zu entrichten. Italiens Politiker hatten wiederum laut Handelsblatt bereits im Juni beschlossen, Steuern in Höhe von 0,15 Prozent auf Finanztransaktionen zu erheben. Dem Reuters vorliegenden Entwurf zufolge sollen zudem in einem gesonderten Gesetz die Gewinne aus dem Eigenhandel von Banken mit 35 Prozent besteuert werden. Das Sparpaket hat insgesamt ein Volumen von rund 47 Milliarden Euro. „Die Politiker sehen nur den kurzfristigen Gewinn, sie denken aber nicht an die langfristigen Auswirkungen“, erklärt Mario Fabbri. Laut dem Vorstandsvorsitzenden des italienischen Online-Broker Directa könnte die für Anfang 2013 geplante Steuer bewirken, dass viele Bank- und Finanzinstitute schließen müssten, was zu einer katastrophalen Auswirkung auf die allgemeine italienischen Wirtschaft führen könnte. Vielmehr könnten der Zugriff auf einzelne Geldmarkt- und Finanzinstrumente, die zu sehr hohen Gewinnen und Verlusten führen, erschwert werden, so Fabbri. Laut dem Finanzmagazin „Milano Finanza“ soll bereits im März 2013 ein Besteuerungssatz von 0,12 Prozent eingeführt werden. Betroffen wären alle börsennotierten italienischen Assets auf allen Märkten, die von Italienern und Ausländern gehandelt werden. Der Overnight-Tradinghandel werde laut „Milano Finanza“ doppelt besteuert, während auf den Derivate-Handel mit italienischen Indizes und Aktien eine feste Summe von rund 10 Euro erhoben werden könnte. Derivate aus dem Währungs- und Rohstoffhandel wiederum sollen nicht besteuert werden. Bleibt abzuwarten, was die Politiker entscheiden.